



Protokoll der 42. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Mai 2024, 17.00 Uhr, im Landratssaal-Provisorium «Kasernenstr. 31»

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Patrick Mägli (SP), Patrick Schäfli (SVP) und Domenic Schneider (GLP/ EVP/Die Mitte)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 20.03.2024 und 24.04.2024 <i>://: Die beiden Protokolle vom 20.03.2024 und 24.04.2024 werden einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Reservoir Burg, Ersatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Bruttokredit für Ersatz von Reservoir Burg; 2. Lesung / Beschlussfassung <i>://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für den Ersatz des Reservoirs Burg in Höhe von CHF 6'050'000 inklusive 8.1% MwSt. und einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung (Investitions-Kto. 7101.5040.0324).</i>	2023-201 2023-201a
3. Entschädigungsreglement-Revision – Bericht Stadtrat zu Motion betreffend Revision des Entschädigungsreglements sowie Bericht der GOR betreffend Vergütungsreglement <i>://: Der Rat beschliesst einstimmig das neue Vergütungsreglement gemäss Entwurf der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR). ://: Einstimmig wird die Motion Nr. 2023-188 «Revision des Entschädigungsreglements» der GOR als erfüllt abgeschrieben.</i>	2023-188 2023-188a 2023-188b
4. Verband Bevölkerungsschutz Argantia – Bericht Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Verbandsbeitritt und Statuten <i>://: Der Einwohnerrat genehmigt die Statuten des Verbands Bevölkerungsschutzes Argantia gemäss Vorschlag der GOR mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen. ://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat der Gründung des Verbands Bevölkerungsschutz Argantia und dem Beitritt Liestals zu.</i>	2024-213 2024-213a
5. Sportanlagen-Benützung – Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt namens der SVP-Fraktion <i>://: Das Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i>	2023-199

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 6. | <p>Querungsmöglichkeiten Gitterli-Schwimmbad – Interpellation «UNSER LIESTAL - Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr beim Schwimmbad Gitterli» von Eva Eugster der FDP-Fraktion
 <i>://: Die Interpellation «UNSER LIESTAL - Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr beim Schwimmbad Gitterli» von Eva Eugster der FDP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | 2023-203 |
| 7. | <p>Fragestunde
 <i>Vom Stadtrat werden 15 Fragen und 2 Zusatzfragen beantwortet.</i></p> | - |
| 8. | <p>SmartVote – Postulat «SmartVote für Liestal» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion
 <i>://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat «SmartVote für Liestal» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion nicht an den Stadtrat überwiesen.</i></p> | 2023-205 |
| 9. | <p>Steuerveranlagung Kanton – Postulat «Steuerveranlagung durch den Kanton?» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
 <i>Das Postulat «Steuerveranlagung durch den Kanton?» wird vom Verfasser Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion zurückgezogen.</i></p> | 2023-206 |
| 10. | <p>Velopumpstationen – Postulat «Öffentliche Velopumpstationen für Liestal» von Lukas Flüeler, Michael Durrer und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion
 <i>://: Das Postulat «Öffentliche Velopumpstationen für Liestal» von Lukas Flüeler, Michael Durrer und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.</i></p> | 2023-208 |
| 11. | <p>S-Pedelegs in Einbahnstrassen – Bericht Stadtrat zu Postulat «Zulassung S-Pedelegs in Einbahnstrassen» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
 <i>://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-133a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.</i>
 <i>://: Das Postulat «Zulassung S-Pedelegs in Einbahnstrassen» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i></p> | 2022-133
2022-133a |
| 12. | <p>Handlauf Stützmauer Gartenstrasse – Interpellation «Handlauf an der Stützmauer Gartenstrasse» von Sibylle Schenker namens der Grünen Fraktion
 <i>Die Interpellation «Handlauf an der Stützmauer Gartenstrasse» von Sibylle Schenker namens der Grünen Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | 2024-211 |
| 13. | <p>Landesausstellung Svizera 27 – Interpellation «Landesausstellung Svizera 27» von Denise Meyer namens der SVP-Fraktion
 <i>Die Interpellation Interpellation «Landesausstellung Svizera 27» von Denise Meyer namens der SVP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i></p> | 2024-212 |
| 14. | <p>Gefahrenbeseitigung Bahnunterführung – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Gefahrenbeseitigung in der Bahnunterführung von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion
 <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i></p> | 2024-216
2024-216a |

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 15. | Fahrbahnverengungen Sicherternstrasse – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Fahrbahnverengungen auf der Sicherternstrasse von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-217
2024-217a |
| 16. | Sicherheit Schulkinder auf Sicherternstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «Mehr Sicherheit auf Sicherternstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-195
2023-195a |
| 17. | Asylunterkunft – Interpellation «Asylunterkunft Liestal und die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-221 |
| 18. | Spielplatz-Gestaltung Rotacker – Interpellation «Naturnahe Gestaltung und Entsiegelung des Spielplatzes auf dem Schulareal Rotacker» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Jacques Heller der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-222 |
| 19. | Salzgewinnung Röserental – Interpellation «Salzgewinnung aus dem Röserental – geplante Sondierbohrung 2024 und weiteres Vorgehen» von Lukas Flüeler und Simone Burkhardt der Grünen Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-223 |

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert über folgende Punkte:

- Sie möchte daran erinnern, dass ihr die Anmeldung und die Menuwahl für das Amtsjahrschlussessen vom 26. Juni 2024 bis am 08.06.2024 mitzuteilen sind.
- Nach der Wahlsitzung für die Amtsperiode 2024-2028 vom 1. Juli 2024 werden die Kommissionspräsidien (Präsident*in und Vizepräsident*in) zu einer Besprechung auf 07. August 2024, 18.00 Uhr, eingeladen. An diesem Abend werden diese allgemeine Informationen bzgl. den Abläufen der Kommissionsarbeiten erhalten. Die Betreffenden möchten sich diesen Termin bereits heute notieren.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Ratssitzung wird ein letztes Mal im «Landratssaal-Provisorium» an der Kasernenstrasse 31 stattfinden. Die nächste Einwohnerratssitzung vom 26. Juni 2024 wird in den neuen Landratssaal im sanierten Regierungsgebäude an der Rathausstrasse 2 einberufen.
- Die Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen und dauert bis ca. 20.00 Uhr. Im Anschluss an die Pause findet die «Fragestunde» statt.
- Das Ratsbüro trifft sich in der Pause zu einer ausserordentlichen kurzen Bürositzung.
- Interessierte treffen sich im Anschluss an die heutige Ratssitzung im Restaurant Portofino.

Neue persönliche Vorstösse

- Sexualaufklärung – Interpellation «Sexualaufklärung und Schutz vor Diskriminierung» von Séverine Salathe der SP-Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion sowie Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2024-224)
- Bestattungs- und Friedhofreglement – Motion «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes» vom 01. August 2003» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2024-225)
- Videoüberwachung Abfallstellen – Motion «Gesetzliche Grundlage betreffend Video-Überwachung von Abfallstellen» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2024-226)

Stimmzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------------|---|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (GLP/EVP/Die Mitte + Präsidium) |
| - Florian Abt (SP) | Seite C (FDP, SVP) |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Pascale Meschberger informiert darüber, dass das Wohnheim für Asylbewerber (WAL) am 26. April 2024 offiziell wiedereröffnet wurde. Dieses wird durch die Institution Erlenhof betrieben und die Aufnahme des Betriebes erfolgt im Juni.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die Interpellation Nr. 2024-223 betreffend der Salzgewinnung aus dem Röserental und verweist auf die stadträtliche Mitteilung auf der Homepage vom 17. Mai 2024. Vorausgegangen sind ja die Probebohrungen in der Rüttihard in Muttenz, welche nicht gut verlaufen sind und das Projekt wurde abgebrochen. Die Schweizer Salinen haben sicher viel Vertrauen verspielt, auf der anderen Seite aber auch viele Lehren daraus gezogen. Der Stadtrat unterstützt grundsätzlich die Salzgewinnung im Baselbiet und ist deshalb nicht von Anfang an gegen solche Projekte. Wichtig ist aber, dass auf Fakten fundiert entschieden wird und im Sinne der Bevölkerung wird der Stadtrat auf die Einhaltung von Gesetzen und Bewilligungsverfahren schauen. Ein transparentes Vorgehen ist wichtig und nach diversen Rückmeldungen aus der Bevölkerung von Liestal und auch Frenkendorf ist eine weitere Informationsveranstaltung auf 12. Juni 2024, 17.00 Uhr, beim geplanten Bohrplatz einberufen worden. An dieser Info-Veranstaltung werden auch gestellte Fragen der Bevölkerung von Fachleuten beantwortet sowie die Anliegen der Bevölkerung aufgenommen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Michael Durrer (GL) stellt fest, dass er bezüglich der Interpellation «Salzgewinnung Röserental» (Nr. 2024-223) beabsichtigte, einen Änderungsantrag zu stellen, damit dieses Geschäft an der heutigen Sitzung behandelt werden kann. Wegen den vorgängigen Informationen des Stadtpräsidenten verzichtet er aber darauf, einen Antrag zu stellen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend der Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Geschäfte der heutigen Sitzung werden einstimmig gemäss Einladungsschreiben vom 12. Juni 2024 behandelt.

340 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 20.03.2024 und 24.04.2024

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge im Zusammenhang mit den beiden letzten Protokollen eingegangen sind und das Büro deshalb die Genehmigung der beiden Protokolle vom 20. März 2024 und 24. April 2024 beantragt.

Sie kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die beiden Protokolle der Ratssitzungen vom 20.03.2024 und 24.04.2024 werden einstimmig genehmigt.

341 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Reservoir Burg, Ersatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Bruttokredit für Ersatz von Reservoir Burg; 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2023-201)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass der beantragte Kredit von CHF 6,05 Mio. dem obligatorischen Referendum unterliegt und somit in 2 Lesungen zu beraten ist. Nach der 2. Lesung an der heutigen Sitzung wird anschliessend über die Anträge abgestimmt.

Werner Fischer (FDP) bezieht sich als BPK-Präsident auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-201a sowie seine Ausführungen an der letzten Ratssitzung vom 24. April 2024 und stellt fest, dass er über keine neuen Erkenntnisse berichten kann.

Von der Bau- und Planungskommission wird der 2. BPK-Antrag bezüglich der PV-Anlage zurückgezogen und von der BPK zur gegebenen Zeit diesbezüglich noch ein neues Postulat eingereicht. Es geht ja dabei nicht um die Baukosten, sondern um die Wirtschaftlichkeitsrechnung einer Photovoltaik-Anlage beim Reservoir Burg.

Anmerken und präzisieren möchte er bezüglich des beantragten Kredits von 6,05 Mio. Franken, dass dieser Kredit gemäss Berichterstattung des Stadtrates auf Seite 7 der Vorlage Nr. 2023-201 auf eine Kostengenauigkeit von +/- 10 % beruht.

Die BPK beantragt dem Rat, dem beantragten Bruttokredit zuzustimmen.

Vreni Wunderlin (GLP) erklärt als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass ihre Fraktion einstimmig den BPK-Antrag unterstützt.

Peter Bürgin (FDP) hält als FDP-Fraktionssprecher fest, dass man dem Baukredit ebenfalls zustimmen wird und er auf Wiederholungen von bereits gemachten Aussagen vom 24. April 2024 verzichten möchte. Auch findet man es nach wie vor positiv, dass von der BPK das Thema PV-Anlage aufgenommen wurde und die Klärung von noch offenen Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Vorstoss der BPK thematisiert wird, welcher von der BPK noch zeitnah eingereicht wird.

Markus Rudin (SVP) fügt hinzu, dass auch die SVP-Fraktion dem beantragten Kredit zustimmen wird.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) nimmt Bezug auf die beiden Vorlagen des Stadtrates sowie der BPK und stellt fest, dass die beiden Anträge identisch sind und in keinem der beiden Anträge etwas bezüglich der Kostengenauigkeit von +/- 10 % erwähnt ist. Und wenn die Kostengenauigkeit von +/- 10 % sein sollte, müsste diesbezüglich noch ein Antrag gestellt werden.

Werner Fischer (FDP) verweist als BPK-Präsident auf den letzten Satz auf Seite 7 der stadträtlichen Vorlage Nr. 2023-201, wonach die Kostengenauigkeit +/- 10 % beträgt.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) stellt fest, dass alleine die formulieren Anträge massgebend sind und in den Anträgen der BPK und des Stadtrates bezüglich der Kostengenauigkeit nichts festgehalten ist.

Werner Fischer (FDP) führt aus, dass von der BPK bezüglich der Kostengenauigkeit kein Änderungsantrag gestellt wird. Die BPK hatte lediglich darauf hingewiesen, dass der diesbezügliche Hinweis auf Seite 7 der stadträtlichen Vorlage in einem Widerspruch zum stadträtlichen Antrag steht.

Vizepräsident Daniel Schwörer (FDP) hält fest, dass keine Ergänzung der Anträge bezüglich der Kostengenauigkeit gestellt wird und deshalb nur über den Kredit von 6,05 Mio. Franken inkl. 8,1 % MwSt. abgestimmt wird.

Stadträtin Marie-Theres Beeler gibt bekannt, dass der Stadtrat eventuell noch einen Änderungsantrag bezüglich der Kostengenauigkeit stellen wird, sobald sich alle Fraktionssprecher zum Geschäft geäußert haben.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) findet, dass der Stadtrat einen diesbezüglichen Antrag jetzt stellen sollte, damit sich die Fraktionen auch dazu äussern können.

Stadträtin Marie-Theres Beeler stellt den Antrag, dass der beantragte Kredit mit der Ergänzung bezüglich einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % beschlossen werden soll.

Werner Fischer (FDP) möchte sich als BPK-Präsident nicht mehr äussern und hofft, dass der Stadtrat mit dem bewilligten Baukredit umsichtig umgehen wird.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass sich keine weiteren Fraktions- und Einzelsprecher zum Geschäft äussern möchten.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt dafür, dass sich die BPK kritisch mit der stadträtlichen Vorlage auseinandergesetzt hatte. Der Stadtrat wird die Abstimmung auf den 22. September 2024 anordnen. Bezüglich der PV-Anlage bestehen zwei Möglichkeiten. Entweder bleibt die PV-Anlage im Eigentum der Stadt Liestal und wird von dieser auch betrieben oder aber man findet mit der EBL eine Lösung, indem diese die PV-Anlage realisieren und betreiben würde, wobei die Stadt Liestal eine Entschädigung erhalten würde. Die Kosten für die PV-Anlage werden auf rund CHF 270'000.-- geschätzt. Unabhängig vom neuen BPK-Postulat werden vom Bereich Tiefbau weitere Abklärungen getroffen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über die Anträge abstimmen lässt.

://: Der stadträtliche Antrag für eine Ergänzung des Baukredites mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % wird von 35 Ratsmitgliedern unterstützt und von 2 Ratsmitgliedern abgelehnt.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass sie über den Baukredit nun in der Hauptabstimmung abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für den Ersatz des Reservoirs Burg in Höhe von CHF 6'050'000 inkl. 8.1% MwSt. und einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung (Investitions-Konto-Nr. 7101.5040.0324).

342 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Entschädigungsreglement-Revision – Bericht Stadtrat zu Motion betreffend Revision des Entschädigungsreglements sowie Bericht der GOR betreffend Vergütungsreglement (Nr. 2023-188)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) stellt den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) gemäss Vorlage Nr. 2023-188b vor: Das Wesentliche kann im Kommissionsbericht nachgelesen werden und er verzichtet darauf, nochmals im Detail darauf einzugehen. Der Stadtrat hatte die Motion der GOR sehr schnell umgesetzt und bezüglich den Vergütungen für den Einwohnerrat und auch den Stadtrat ist eine Vereinheitlichung vorgenommen worden. Einige Entschädigungen auf Verordnungsstufe wurden nun ins Reglement überführt. Inhaltlich wurden von der GOR zahlreiche Änderungen vorgenommen und schlussendlich wurde es eine Totalrevision mit einer neuen Bezeichnung des Erlasses als «Vergütungsreglement». Der Stadtrat hatte versichert, dass er seine Anträge zurückziehen würde, was von diesem noch bestätigt werden müsste.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat dem neuen Vergütungsreglement gemäss GOR-Entwurf zustimmen kann und seine Anträge gemäss Vorlage Nr. 2023-188a zurückzieht. Wichtig ist vor allem, dass das neue Reglement mit der neuen Amtsperiode ab 1. Juli 2024 in Kraft gesetzt werden kann.

Lorenz Holinger (SVP) dankt namens der SVP-Fraktion allen Beteiligten für die gute und speditive Zusammenarbeit sowie den umfassenden und verständlichen Bericht des GOR-Präsidenten Stefan Fraefel (Die Mitte). Seine Fraktion wird die Anträge der GOR unterstützen.

Bernhard Bonjour (SP) informiert, dass auch die SP-Fraktion die GOR-Anträge unterstützen wird. Ausschlaggebend für die GOR-Motion war ja deren Präsident, welcher sich immer sehr akribisch auf die Sitzungen vorbereitet. Dieser hatte in den letzten zwei Amtsperioden seine Aufgaben immer sehr ernst genommen. Die Detailberatungen in der GOR waren oft sehr akribisch und lange, doch ein genaues Hinschauen ist ja auch die Aufgabe der Exekutive. Dem scheidenden GOR-Präsidenten möchte er deshalb an dieser Stelle die Anerkennung der von ihm geleisteten Arbeiten den besten Dank aussprechen.

Richard Gafner (FDP) teilt als FDP-Fraktionssprecher mit, dass dieses Geschäft auch in seiner Fraktion unbestritten ist. Die geleisteten Arbeiten des Stadtrates und der Verwaltung, der GOR-Mitglieder und insbesondere des GOR-Präsidenten möchte er an dieser Stelle ebenfalls bestens verdanken. Den Anträgen der GOR wird man zustimmen.

Yves Jenni (GLP) schliesst sich namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion dem Dank der Vorredner an die Adresse des GOR-Präsidenten an und informiert, dass auch seine Fraktion die beiden Anträge der GOR unterstützen wird.

Lukas Flüeler (GL) bemerkt, auch die Grüne Fraktion unterstützt die GOR-Anträge einstimmig. Den Dankesworten an GOR-Präsident Stefan Fraefel (Die Mitte) möchte er sich ebenfalls anschliessen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass keine Detailberatung des Vergütungsreglements nötig ist, da keine Änderungs- und Streichungsanträge formuliert wurden. Sie wird deshalb über die beiden GOR-Anträge abstimmen lassen.

- ://: Der Rat beschliesst einstimmig das neue Vergütungsreglement gemäss Entwurf der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR).
- ://: Einstimmig wird die Motion Nr. 2023-188 «Revision des Entschädigungsreglements» der GOR als erfüllt abgeschrieben.

343 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Verband Bevölkerungsschutz Argantia – Bericht Stadtrat sowie Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) betreffend Verbandsbeitritt und Statuten (Nr. 2024-213)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) stellt den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) gemäss Vorlage Nr. 2024-213a vor: Bei der Vorberatung der Argantia-Statuten hatte man auch die Lehren von Ereignissen aus der Vergangenheit gezogen, so beispielsweise die notwendig gewordenen Nachkorrekturen im Zusammenhang mit dem Zweckverband der Stützpunktfeuerwehr SRFWL. Sollte der Einwohnerrat heute Abweichungen zu den Argantia-Statuten beschliessen, müssten diese von allen anderen Gemeinden ebenfalls gutgeheissen und übernommen werden, ansonsten würde der Zweckverband nicht zustande kommen. Auch können die Statuten nicht mehr so schnell geändert werden, da einer Revision wiederum alle Vertragsgemeinden zustimmen müssten. Von der GOR sind bei der Vorberatung kleinere formale Änderungen beschlossen worden, welche dann vom Stadtrat allen anderen Gemeinden zur Vernehmlassung weitergeleitet wurden. Dank einer guten und kooperativen Zusammenarbeit sind die von der GOR vorgeschlagenen Änderungen von allen Gemeinden gutgeheissen worden. Inhaltlich war in der GOR unbestritten, dass der Argantia-Zweckverband auch aufgrund der gesetzlichen Anforderungen notwendig ist, da der gesetzliche Auftrag durch den bisherigen Verbund von Liestal und Lausen schon bald nicht mehr erfüllt werden kann. Auch in der GOR ist hinterfragt worden, ob die Auftragserfüllung gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung wirklich den Gemeinden übertragen werden kann bzw. soll. So können die Gemeinden wenig selbst regeln und selbst die Stadt Liestal ist gar nicht mehr in der Lage, die ihr übertragenen Aufgaben alleine stemmen zu können. So müssen die Argantia-Mannschaftsangehörigen auch gar nicht mehr alleine Zivilschutzangehörige mit Wohnsitz in einer der Zweckverbandsgemeinden sein. Der Stadtrat wird künftig Liestal im Argantia-Verband vertreten und Liestal wird künftig nicht mehr alleine entscheiden können, weshalb der Einwohnerrat an Einflussmöglichkeiten verliert. Die Entwicklung bei der Bildung solcher Zweckverbände findet die GOR nicht ganz unproblematisch, findet damit doch ein sukzessiver Abbau der demokratischen Rechte statt. Diese Feststellung und grundsätzliche Frage der Aufgabenteilung soll auch nicht als Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat verstanden werden. Auch stehen die Kostenbeiträge der Stadt Liestal in keiner Relation zum Stimmenverhältnis und Mitspracherecht, doch ist dies gemäss Ansicht der GOR sinnvoll, damit Liestal von den anderen Gemeinden nicht der Vorwurf der Alleinherrschaft gemacht werden kann, was ja für die Zusammenarbeit der Zweckverband-Gemeinden auch nicht gerade förderlich wäre. Der einzige materielle Änderungsantrag der GOR wurde von den anderen Gemeinden unterstützt, dass es bei grösseren Geschäften mit Kostenfolgen, wie beispielsweise dem Kauf von Grundstücken usw. nicht nach dem Mehrheitsprinzip geht, sondern dass dafür eine Einstimmigkeit nötig ist. Nach der erneuten kantonalen Vorprüfung sind vom Stadtrat noch Änderungsanträge formuliert worden, welche in der GOR nicht mehr beraten und vorbesprochen werden konnten. Gemäss seiner persönlichen Meinung können diese durchaus unterstützt werden, da er davon ausgehen wird, dass auch die anderen Gemeinden diesen zustimmen werden. Mit Bezugnahme auf die Synopse möchte er darauf hinweisen, dass von der GOR auch einige gendekonforme Anpassungen vorgenommen wurden. Solche Anpassungen wären eigentlich nicht die Aufgabe einer vorberatenden Kommission. Er dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit sowie effiziente Behandlung dieses Geschäfts. Er hofft, dass der Einwohnerrat den Ergebnissen bzw. Anträgen der GOR nun zustimmen wird und dankt dafür im Voraus bestens.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich namens des Stadtrates für die tolle Zusammenarbeit mit der GOR bei der Vorberatung dieses Geschäfts. Die Verkürzung der Zivildienstpflicht gemäss eidgenössischer Gesetzgebung wird im Kanton Basel-Landschaft ab dem Jahr 2026 wirksam, weshalb die Zivildienstorganisationen in ihren Beständen empfindlich einbrechen werden. Und auch die Anforderungen an die modernen Gegebenheiten müssen erfüllt werden. In der Vergangenheit hatte Liestal sehr gut mit Lausen bzw. mit der Zivildienstkompanie und -kommission «Ergolz» zusammengearbeitet. Auch dank der Umsicht und guten Kontaktpflege des Zivildienstkommandanten mit anderen Gemeinden wurde die Bildung des Argantia-Zweckverbandes auf freiwilliger Basis lanciert und somit sollte trotz straffem Zeitplan eine Umsetzung ab dem Jahr 2026 möglich sein. Mit der heutigen Einwohnerratssitzung und den Gemeindeversammlungen in den anderen Gemeinden im Juni sollte der Projektabschluss in Kürze möglich sein. In rechtlicher Hinsicht kann nun der Einwohnerrat nicht mehr über Statutenänderungen beschliessen, ansonsten wäre die Aufnahme von Neuverhandlungen nötig. Neuverhandlungen wurden aber ja bereits geführt, indem man im Vorfeld die Änderungsvorschläge der GOR den Vertragsgemeinden bereits zur Vernehmlassung unterbreitet hatte. Der Stadtrat war sich bewusst, dass nach den gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit dem SRFWL-Zweckverband der Einwohnerrat und die GOR beim neuen Argantia-Zweckverband früher zu involvieren ist. Die demokratischen Abläufe von Liestal sind den anderen Gemeinden ebenfalls früh vorangezeigt worden, was von diesen auch gut aufgenommen wurde. Die zwei Änderungsanträge als Folge der zweiten kantonalen Vorprüfung werden ebenfalls von allen Gemeinden bei der Beschlussfassung berücksichtigt. In dieser Zwangssituation müsste der Rat somit den GOR-Anträgen mit den zwei stadträtlichen Änderungsanträgen gemäss kantonaler Vorprüfung zustimmen, damit keine Neuverhandlungen nötig sind. Das kantonale Amt für Bevölkerungsschutz bezeichnet den Argantia-Verband als Leuchtturmprojekt im Kanton Basel-Landschaft, welches hoffentlich auch wie vorgesehen umgesetzt werden kann.

Lorenz Holinger (SVP) würdigt als SVP-Fraktionssprecher die gute Zusammenarbeit und grosse Flexibilität aller Beteiligten von Liestal und auch der Verbandsgemeinden im Zusammenhang mit diesem grossen und wichtigen Geschäft. Seine Fraktion sieht ganz klar die Notwendigkeit für die Gründung des Zweckverbandes Bevölkerungsschutz Argantia und begrüsst eine vermehrte regionale Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Natürlich ist es schade, dass auch in diesem Fall die Legislative wiederum viele Kompetenzen abgeben wird und faktisch zum Zivildienst künftig nicht mehr viel zu sagen hat. Auch die Tatsache, dass Liestal einen Stimmenanteil von 10 % hat, jedoch 1/3 der Kosten tragen muss, stimmt im ersten Moment doch eher nachdenklich, doch schlussendlich ist auch diese Tatsache nachvollziehbar, da gesamthaft gesehen, die positiven Punkte doch überwiegen. Den Anträgen der GOR und den beiden stadträtlichen Änderungsanträgen wird man zustimmen.

Bernhard Bonjour (SP) führt aus, dass auch die SP-Fraktion den Anträgen der GOR und des Stadtrates zustimmen wird. Seine Fraktion unterstützt ebenfalls das Zustandekommen des Argantia-Verbandes, was die Zustimmung aller Vertragsgemeinden nötig macht. Der Einwohnerrat muss natürlich als Legislative schon schauen, dass die Gewaltentrennung funktioniert, doch dies ist bei Zweckverbänden nicht immer einfach. Die Suche nach gemeinsamen Lösungen zusammen mit anderen Gemeinden ist richtig. Im GOR-Bericht wird mehrmals das Wort «alternativlos» erwähnt und diese dürfte in der Politik wohl kaum zutreffen. Mit dem Argantia-Verband wurde eine gute Sache ausgearbeitet, weshalb seine Fraktion dem Verbandsbeitritt zustimmen wird.

Benjamin Erni (GLP) informiert namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass auch seine Fraktion den Nutzen und die Notwendigkeit des gemeinsamen Argantia-Verbandes sieht, selbst wenn man einen Entscheidungskompetenz-Verlust in Kauf nehmen muss. Den Anträgen der GOR und des Stadtrates wird man zustimmen.

Richard Gafner (FDP) legt als Sprecher der FDP-Fraktion dar, dass die Anträge der GOR sowie des Stadtrates unterstützt werden. Mit der Bildung von Zweckverbänden wird der Einwohnerrat gewisse Verantwortungen abgeben müssen, doch passiert dies zumindest selbst- und nicht fremdbestimmt. Allen Beteiligten und insbesondere auch den Partnergemeinden möchte auch er den Dank im Zusammenhang mit der Bildung des Argantia-Verbandes aussprechen.

Lukas Flüeler (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass man den Anträgen ebenfalls zustimmen wird und er auf Wiederholungen verzichtet.

Bernhard Bonjour (SP) nimmt als Einzelsprecher Bezug auf den stadträtlichen Änderungsantrag betreffend § 21 und hält bezüglich den Kompetenzen fest, dass ja die Ausgaben des Argantia-Verbandes im Budget einzustellen und damit gebundene Ausgaben sind. Der Vorschlag der GOR war ja, dass es sich bei grösseren Geschäften wie Grundstückerwerb usw. nicht um gebundene Ausgaben handeln soll und die Gemeinden über solche diskutieren sowie beschliessen können. Dies im Rahmen der gemeindespezifischen Regelungen sowie Finanzkompetenzen. Es ist die Aufgabe der Legislative, diesbezüglich auch genau hinzuschauen. Gemäss zweiten kantonalen Vorprüfung sollen nun nicht mehr die Gemeinden, sondern der Gemeinderat verantwortlich zeichnen. Der Änderungsgrund ist nicht bekannt, leuchtet nicht ein und ist nicht nachvollziehbar. Wenn es schlussendlich zum gleichen Resultat führt, ist es für ihn nicht nachvollziehbar, wenn mit der rechtlichen Prüfung des Kantons eine Änderung verlangt wird und diese nicht einmal begründet wird. Er kann diesem Änderungsantrag nur zustimmen, wenn der Stadtrat dazu eine Erklärung abgibt, welche dann auch im Protokoll festgehalten wird.

Stadträtin Pascale Meschberger führt aus, dass die stadträtlichen Anträge auf der kantonalen Vorprüfung beruhen. Sie massiert sich auch die Aussage nicht an, dass die Juristinnen und Juristen nicht Recht haben sollen, denn diese basieren ja auf gesetzlichen Grundlagen. Die vom Vorredner gewünschte Begründung kann sie deshalb nicht liefern.

Sie verliest die beiden stadträtlichen Änderungsanträge:

1. Stadtratsantrag:

§ 7 Abs. 1 Bst. h: *Gemäss 2. kantonalen Vorprüfung soll dieser Artikel gestrichen werden, da dies im Bundesgesetz für Zivilschutz BZSG geregelt ist.*
~~Entscheid über Beschwerden aufgrund § 23~~

2. Stadtratsantrag:

§ 21 Abs. 3: *Gemäss 2. kantonalen Vorprüfung soll das Wort Mitgliedsgemeinden mit Gemeinderäte ersetzt werden. Somit lautet der Text:*
«Rechtsgeschäfte gemäss Abs. 2 Bst. a und b bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung aller Gemeinderäte.»

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass mit Ausnahme der beiden stadträtlichen Änderungsanträge keine weiteren Änderungs- oder Streichungsanträge zu den einzelnen Bestimmungen der Statuten gestellt werden.

1. Änderungsantrag Stadtrat

§ 7 Abs. 1 Bst. h: Gemäss 2. kantonaler Vorprüfung soll dieser Artikel gestrichen werden, da dies im Bundesgesetz für Zivilschutz BZSG geregelt ist.
~~Entscheid über Beschwerden aufgrund § 23~~

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat dem stadträtlichen Antrag zu.

2. Änderungsantrag Stadtrat

§ 21 Abs. 3: Gemäss 2. kantonaler Vorprüfung soll das Wort Mitgliedsgemeinden mit Gemeinderäte ersetzt werden. Somit lautet der Text:
«Rechtsgeschäfte gemäss Abs. 2 Bst. a und b bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung aller Gemeinderäte.»

://: Mit 32 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen stimmt der Einwohnerrat dem stadträtlichen Antrag zu.

Statuten

://: Der Einwohnerrat genehmigt die Statuten des Verbands Bevölkerungsschutzes Argantia gemäss Antrag der GOR mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit 34 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Verbandsbeitritt

://: Einstimmig stimmt der Einwohnerrat der Gründung des Verbands Bevölkerungsschutz Argantia und dem Beitritt Liestals zu.

344 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Sportanlagen-Benützung – Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion (Nr. 2023-199)

Stadträtin Pascale Meschberger erklärt, dass der Stadtrat das Postulat sehr gerne übernehmen möchte.

Daniel Jurt (SVP) dankt als Postulant für die Zusage, dass der Stadtrat seinen Vorstoss übernehmen möchte. Er stellt fest, dass Jugendliche gerne auch über den Mittag Sport treiben möchten, dies aber zwischen 12.00 – 14.00 Uhr gar nicht erlaubt ist. Dies ist zudem auch an den Samstag- und Sonntagabenden nach 19.00 Uhr nicht mehr möglich.

Sibylle Schenker (GL) bemerkt als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion, dass man die Postulatsüberweisung unterstützt, denn die Jugendlichen sollen eine möglichst gute Plattform bekommen. Bezüglich den Benützungsbestimmungen und -zeiten gibt es sicher noch genügend Luft nach oben.

Jaques Heller (SP) äussert, auch die SP-Fraktion findet eine Erweiterung der Sportanlagenbenützungen erstrebenswert, zumal man Begegnungszonen für alle Menschen in Liestal unterstützt. Die Postulatsüberweisung wird einstimmig unterstützt.

Richard Gafner (FDP) führt als Sprecher der FDP-Fraktion aus, dass der Wunsch nach längeren Benützungzeiten nachvollziehbar ist. Leider liegen unsere Sportanlagen meist mitten in Wohngebieten und dies möchte man bei der Prüfung des Vorstosses mitberücksichtigen. Das Postulat wird man ebenfalls einstimmig überweisen.

Yves Jenni (GLP) fasst sich als Sprecher der GLP/EVP/Die Mittei-Fraktion kurz und informiert darüber, dass man die Postulatsüberweisung ebenfalls unterstützen wird.

Daniel Jurt (SVP) ergänzt als Postulant und als SVP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion das Postulat ebenfalls überweisen wird. Lärm wird unterschiedlich empfunden und er hat auch keine Bestimmung gefunden, dass Kinderlärm eingeklagt werden kann. Er würde es deshalb schätzen, wenn man die Benützungzeiten entsprechend anpassen und erweitern würde.

Vreni Wunderlin (GLP) meint als Einzelsprecherin, dass man in diesem Zusammenhang auch die Beachsoccer-Anlage mitberücksichtigen sollte. Diese wird durchgehend die ganze Woche ganztags benützt, leider brennt dort das Licht auch unbeschränkt in der Nacht.

Stadträtin Pascale Meschberger merkt an, dass sie aktuell zu diesem Geschäft nichts mehr zu sagen habe.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-199 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

345 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Querungsmöglichkeiten Gitterli-Schwimmbad – Interpellation «UNSER LIESTAL - Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr beim Schwimmbad Gitterli» von Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2023-203)

Stadträtin Marie-Theres Beeler beantwortet die Fragen der Interpellantin wunschgemäss. Mit dem neuen Verkehrskonzept werden die Strassen auch im Gitterli-Gebiet Änderungen und Anpassungen erfahren, wobei die Unterführung nach wie vor sicher sein soll. Verschiedene Fragen wurde ja bereits mit dem Postulat Nr. 2021-83 „Zugänglichkeit Skaterpark, Beachvolleyballfeld, geplanter Pumptrakt sowie Areal der Sportanlagen Gitterli“ thematisiert und mit der vorliegenden Interpellation Nr. 2023-203 noch ein paar Zusatzfragen gestellt. Die Unterführung wird mit dem Neubau neu mindestens 3,5 Meter breit sein und auch flacher werden, damit diese für Menschen mit Behinderungen passierbar ist. Somit darf die Unterführung eine Steigung von max. 6 % aufweisen. Sollte die Unterführung länger und breiter werden, wird es wohl auch eine Belüftung brauchen. Und sollte diese auch von Fussgängern benützt werden dürfen, so wäre natürlich auch eine Beleuchtung nötig. Die Ausführung der neuen Strasse sowie die Umleitung durch den Kanton wird mindestens noch zwei Jahre dauern. Bezüglich dem allgemeinen Fahrverbot und der zweiten Frage ist es für den Kanton und auch die Stadt klar, dass nach der Verkehrsumleitung über die Kasinostrasse in die Rosenstrasse eine taugliche Querung nötig ist, wofür sich der Stadtrat bereits vor dem Landratsbeschluss einsetzt. Ob sich der Kanton an den Bauarbeiten der Unterführung finanziell beteiligen wird, muss noch ausgehandelt werden. Der Stadtrat geht davon aus, dass die Folgekosten grösstenteils auch vom Kanton als Versucherin berappt werden. Gemäss § 33 Abs. 2 Strassengesetz ist die Kostenaufteilung Verhandlungssache.

Eva Eugster (FDP) wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Eva Eugster (FDP) hält fest, dass nicht alle Fragen ihrer Interpellation beantwortet wurden. Wer beispielsweise regelmässig mit dem Velo vom Stedtl ins Schwimmbad fährt, der weiss, von was sie in ihrem Vorstoss redet. Die Kreuzung ist unübersichtlich und gefährlich, weshalb dort auch schon eine Velofahrerin tödlich verunglückt ist. Und die Unterführung darf aktuell auch nicht von Radfahrern benützt werden, da ein allgemeines Fahrverbot gilt und Velofahrer sich deshalb strafbar machen würden, sollten sie die Unterführung durchfahren. Im Winter benützt sie die Unterführung als Fussgängerin eigentlich nur sehr ungern, da diese unbeleuchtet und stockdunkel ist. Eine Beleuchtung sollte deshalb bereits heute installiert und nicht länger zugewartet werden. Eine Verbreiterung der Unterführung zur gegebenen Zeit wäre wünschenswert, damit sich Velofahrer und Fussgänger problemlos kreuzen können. Auch sie erwartet, dass der Kanton den grössten Anteil der Folgekosten für die neue Unterführung übernehmen wird.

Jaques Heller (SP) äussert als SP-Fraktionssprecher, dass man das Anliegen der Interpellantin ebenfalls unterstützt, denn die Kreuzung ist doch sehr gefährlich. Er ruft den Unfall mit Todesfolgen einer Velofahrerin in Erinnerung und fährt an dieser Stelle fast tagtäglich mit dem Velo an dieser gefährlichen Stelle vorbei, weshalb er immer wieder äusserst heikle Situationen feststellen muss. Eine Erweiterung der Unterführung für den Langsamverkehr ist absolut notwendig, damit es zu weniger gefährlichen Situationen kommt.

Thomas Eugster (FDP) findet als Einzelsprecher, dass ihm aus der stadträtlichen Fragenbeantwortung nicht ganz klar geworden ist, ob der Stadtrat nun diesbezüglich bereits beim Kanton vorstellig geworden ist oder nicht. Wenn man schon weiss, dass der Kanton meist nicht so proaktiv ist, wäre es schon wichtig, dass man bei diesem als Stadt vorspricht, bevor dieser die Detailplanung in Angriff nimmt. Hat der Stadtrat bereits beim Kanton vorgesprochen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass es bereits vorbereitende Sitzungen und Klärungen zu diesem Thema gab. Das Anliegen und die Umsetzungsmöglichkeiten sind beim Kanton bereits deponiert worden, doch sind beispielsweise noch keine Preisverhandlungen erfolgt, da es hierfür zuerst ein Projekt braucht.

Michael Durrer (GL) schwelgt in Erinnerungen und bedankt sich bei der FDP-Fraktion für den Vorstoss. Vor rund acht Jahren hatte er seinen allersten Vorstoss im Einwohnerrat zu demselben Thema eingereicht, mit welchem er beim Gitterli eine verbesserte Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer bezweckte. Das Postulat ist dann nicht überwiesen worden, unter anderem deshalb, weil er nicht auf die Unterstützung der FDP-Fraktion zählen durfte.

Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) bedankt sich für den Vorstoss und meint, dass doch auch kurzfristig Verbesserungen möglich sein sollten, bevor das Verkehrskonzept umgesetzt wird.

Stadträtin Marie-Theres Beeler hält fest, dass es sich grundsätzlich um eine Kantonsstrasse handelt. Die Anliegen von Liestal werden in den Sitzungen mit dem Kanton eingebracht. Der Frage bzw. dem Vorschlag bezüglich der Beleuchtung wird sie nachgehen.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Michael Durrer und präzisiert, dass sich seit der Einreichung seines Vorstosses vor acht Jahren die Änderung ergeben hat, indem vom Kanton das Projekt für das neue Verkehrskonzept aufgegleist wurde. Folglich wird dieser hoffentlich auch einen Grossteil der Kosten übernehmen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2023-203 durch den Stadtrat.

346 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Benjamin Erni (GLP/EVP/Die Mitte) – Schulstart Primarschule Frenke

Der gemeinsam Schulstart mit den Eltern an der Primarschule Frenke (Kindergarten und 1. Klasse) findet überlappend statt. Was dazu führt, dass nicht alle Eltern ihre Kinder begleiten können. An allen anderen Standorten ist es machbar, dass sich dieser nicht überlappt. Kann dies auch an der Schule Frenke angepasst werden?

Stadtrat Lukas Felix: Der Schulleitung ist ein Fehler unterlaufen. Die Stundenplanstruktur wurde angepasst und die Erziehungsberechtigten darüber informiert. Die Schulstartfeier Frenke ist bei der ersten Einladung vergessen gegangen und somit ist es zu einer Terminkollision gekommen. Dieses Versehen wird noch korrigiert und das Nötige veranlasst.

2. Frage / Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) – Stadtsaal

Der ausgebaut Stadtsaal steht ab Ende 2024 allen Interessierten wieder zur Verfügung und kann gemietet werden. Kann dieser Zeitplan eingehalten werden?

Stadtrat Daniel Muri: Gemäss aktuellem Planungsstand wird der Engelsaal im 4. Quartal 2025 eröffnet. Aktuell läuft das Planerwahlverfahren und der Vergabeentscheid wird vom Stadtrat im August gefällt.

3. Frage / Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) – Velo-/Fussweg Glindweg, Postulat Nr. 2022-139

Die Überbauung ist nun beendet. Der Glindweg wurde in diesem Teilstück verbreitert und soweit in Stand gestellt. Der Stadtrat hat seinerzeit in Aussicht gestellt, diesen Weg zu sanieren, sobald die Überbauung beendet ist. Wie sieht der Zeitplan nun aus?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Der Stadtrat hatte damals gesagt, dass Teile des Weges saniert werden müssen und eine Verbreiterung geprüft wird. Aktuell wird eine Verbreiterung gegen den Waldrand vorgenommen. Die Arbeiten werden vermutlich erst im Jahr 2025 abgeschlossen werden können. Der Glindweg erfährt keine Totalsanierung, sondern wird nur funktionstauglich gemacht.

4. Frage / Richard Gafner (FDP) – Burgstrasse

Beidseitig der Burgstrasse werden immer wieder Fahrzeuge auf dem Trottoir abgestellt: Auf der einen Seite stehen vorwiegend Fahrzeuge des Hotel Engel vor dem Seiteneingang zum Engelsaal, auf der anderen Seite stehen Fahrzeuge vor dem neuen Restaurant Central und dem Restaurant Pine, die beide einen Hauslieferdienst betreiben. Dies führt dazu, dass Fussgänger und insbesondere Eltern mit Kinderwagen auf die Fahrbahn ausweichen müssen oder der Fahrradstreifen blockiert ist. Frage: Ist sich der Stadtrat dieser Situation bewusst und wenn ja, was unternimmt er dagegen bzw. wird er beim Kanton vorstellig?

Stadträtin Pascale Meschberger: Ja, die Situation ist uns bewusst. Die Polizei büsst auch bei der Feststellung von Ordnungswidrigkeiten. Der Anlieferungsparkplatz auf der Seite des Hotels Engel wird ordentlich genutzt, weshalb hier keine Bussen ausgestellt werden können. Wir werden die Kontrollen intensivieren.

5. Frage / Peter Küng SP) - Mehrwegbecherkonzept

In der Stadt Liestal wurde das Mehrwegbecherkonzept bei Veranstaltungen eingeführt. Bei einer Veranstaltung ab 100 Personen muss diese Regelung zur Anwendung kommen. Dafür ist jeweils der/die Veranstalter*in verantwortlich. Welche ersten Erfahrungen hat die Stadt gemacht und was für Rückmeldungen gab es von den einzelnen Veranstalter und Gastronomen diesbezüglich?

Stadträtin Pascale Meschberger: Anlässlich des Kellerabstiegs wurde das Mehrwegkonzept erstmals umgesetzt. Die Erfahrungen waren nicht so positiv und es hat sich gezeigt, dass das Konzept noch nicht optimal ist. Es wurde nun eine Arbeitsgruppe gebildet, welche im Juni ihre Arbeit aufnimmt. Das Konzept wird überarbeitet, die nötigen gesetzlichen Grundlagen ausgearbeitet und an der Fasnacht 2025 umgesetzt. Auch wird künftig nicht mehr von einem Mehrwegkonzept, sondern von einem nachhaltigen Konzept die Rede sein.

6. Frage / Markus Rudin (SVP) – Eltern-Taxi

Leider immer noch ein grosses Problem. Frage: Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, verschärfte Vorschriften zu erlassen, damit sich endlich die Eltern daranhalten?

Stadträtin Pascale Meschberger: Eltern-Taxis sind immer noch ein grosses Problem. Für den Erlass von Vorschriften fehlen jedoch die rechtlichen Grundlagen. Auch wurde während der Sensibilisierungsaktion im letzten Sommer festgestellt, dass viele Eltern dann einfach auf die Nebenstrassen ausgewichen sind. Im Jahr 2024 wird wiederum eine Sensibilisierungsaktion durchgeführt, vom Bereich Bildung/Sport ein Elternbrief verschickt und vom Bereich Sicherheit/Soziales werden wiederum Personen für die Sensibilisierung vor Ort sein.

7. Frage / Markus Rudin (SVP) - Velofahrverbot für die Begegnungszonen, vor allem für die Rathausstrasse

Trotz Verbotstafeln gibt es immer wieder Velofahrende, welche an Märkten oder andern Veranstaltungen dieses Verbot ignorieren. Frage: Wird diesbezüglich genügend kontrolliert? Wurden Fehlbare schon verzeigt?

Stadträtin Pascale Meschberger: Es werden sporadisch Kontrollen durchgeführt und Fehlbare gegebenenfalls auch gebüsst.

8. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Parkleitsystem

Bald ist Juni und vom Parkleitsystem keine Spur. Wann kommt das Parkleitsystem endlich? Wieder im berüchtigten 4. Quartal?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Sie hofft ebenfalls, dass eine Realisierung im 4. Quartal 2024 möglich sein wird. Problematisch ist, dass die Anzeigetafeln auf privaten oder kantonalen Grundstücken stehen sollen. Abweisungen sowie Einsprachen müssen behandelt werden und erst nach Abschluss dieser Verhandlungen ist eine Realisierung möglich.

9. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Verkehrsregime Büchelistrasse

Vor geraumer Zeit hat der Stadtrat ein neues Verkehrsregime für die Büchelistrasse in Aussicht gestellt, wann kommt die Änderung?

Stadtrat Daniel Muri: Die verkehrspolizeilichen Anordnungen werden am 6. Juni 2024 publiziert, womit eine Umsetzung nach den Sommerferien 2024 möglich sein sollte.

Zusatzfrage von Thomas Eugster (FDP): Werden die Direktbetroffenen im Prozess mit einbezogen?

Stadtrat Daniel Muri: Im Herbst 2023 wurde eine öffentliche Info-Veranstaltung für Anwohner, Direktbetroffene und Interessierte im Stadtsaal durchgeführt. Der Anlass ist sehr gut besucht worden und man ist auf eine breite Zustimmung und auf Verständnis gestossen, zumal ja gewährleistet ist, dass Zulieferungen für die Anstösser und Geschäfte nach wie vor möglich sind.

10. Frage / Markus Hügin (SVP) - Littering

Trotz allen Bemühungen durch die Stadt halten sich viele Leute nicht an die Vorgaben. Besonders bei Bushaltestellen werden Zigaretten weggeschmissen, bevor in die Busse eingestiegen wird. Auch bei Durchgang Schulgasse-Fischmarkt. Frage: Warum wird diesbezüglich nicht mehr kontrolliert? Wurden für solche «Vergehen» schon Busen ausgesprochen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Littering ist tatsächlich nach wie vor ein Problem. Trotz Verbot ist beispielsweise auch weiterhin Feuerwerk abgelassen worden, doch war es beim letzten Silvester in Liestal wegen der Sensibilisierung und Prävention deutlich besser geworden. Den gleichen Effekt erhofft man sich auch beim Littering. Die Anti-Littering-Kampagne mit der Verteilung von Plaketten sowie kleinen Aschenbechern für Zigarettenstummel läuft. Ab Juli folgt die repressive Phase mit Kontrollen und Ordnungsbussen.

11. Frage / Markus Hügin (SVP) - Belegung gebührenpflichtiger Parkplätze durch Handwerker

Es ist klar, dass die Handwerker zur Ausübung ihrer Tätigkeit irgendwo parkieren müssen. Da das Parkplatzangebot durch die grosse Bautätigkeit schon reduziert ist, sind ein Grossteil der gebührenpflichtigen Parkplätze tagelang durch Handwerker-Fahrzeuge belegt. Besonders zurzeit bei der Post am Bahnhof, Kunden der Post können nicht mehr Parkieren oder stellen ihre Autos einfach dort ab wo es Platz hat.

Frage 1: Ist das auf gebührenpflichtigen Parkplätzen überhaupt erlaubt?

Frage 2: Wer stellt diese Parkkarten aus resp. wer erhält die entsprechenden Einnahmen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Der Bereich Sicherheit hat im Moment viel zu tun und hat auch viele Baustellen in Liestal, wo es nicht optimal läuft. Das Parkieren bei der Post ist bekannt und ein Riesenproblem. Das Parkieren auf gebührenpflichtigen Parkplätzen mit der kantonalen Gewerbeparkkarte ist in der blauen Zone und auf Parkplätzen, welche ein Parkieren von 2 Stunden und länger erlauben, zeitlich unbegrenzt zugelassen. Fahrzeuge mit einer Handwerkerparkkarte müssen jedoch nicht die ordentlichen Parkplätze benützen. Sie dürfen in Parkverbotszonen ausserhalb der markierten Parkplätze während maximal vier Stunden ihr Fahrzeug abstellen. Auf dem Postplatz wurden bis anhin die Besitzer der kantonalen Gewerbeparkkarte nicht gebüsst, damit diese ihr Fahrzeug nicht wild auf dem Post- oder Bahnhofplatz abstellen. Uns ist die unhaltbare Situation auf dem Postplatz bewusst, weshalb eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Polizei und Tiefbau Lösungen zur Entschärfung der Situation sucht. Die kantonale Gewerbeparkkarte gilt für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt und sie wird von der Motorfahrzeugkontrolle ausgestellt. Über dieses Konstrukt ist auch die Stadt Liestal nicht ganz glücklich. Wir erhalten nach einem klar definierten Schlüssel einen Anteil der Gebühreneinnahmen von rund CHF 28'000.— im Jahr.

12. Frage / Markus Hügin (SVP) – Szene am Wasserturmplatz

Was wird unternommen bezüglich der Ansammlung von Personen die täglich sich am Wasserturmplatz nahe Denner aufhalten und vorbei gehende Personen anpöbeln. Weil sie dementsprechend viel Alkohol oder andere Drogen zu sich genommen haben. Passanten machen einen grösseren Bogen um diese Personen, damit die nicht beleidigt werden. Auch lassen sie zum Teil ihren Müll dort liegen, trotz Abfalleimer. Was gedenkt die Sicherheits-Abteilung und der Stadtrat diesbezüglich zu unternehmen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die geschilderte Szene ist auch ein grosses Anliegen des Stadtrates und ist in den letzten Monaten wirklich zu einem Problem geworden. Es ist aber beispielsweise legitim, dass Alkoholranke im öffentlichen Raum herumsitzen. Beim Wasserturmplatz halten sich verschiedene Gruppierungen auf, welche nicht alle harmlos sind. Es wird gepöbelt und gedroht, weshalb sich auch nicht mehr alle getrauen, dort durchzulaufen. Regelmässige Polizeikontrollen haben leider nicht viel gebracht. Ein Sicherheitsdienst hatte während drei Wochen regelmässig Präsenz markiert, was doch teilweise zu einer Verbesserung geführt hatte. Zusammen mit der Polizei wird nach Lösungen gesucht, wobei wir eigentlich gar nicht viel unternehmen können, sofern keine gröberen Verstösse vorliegen.

13. Frage / Denise Meyer (SVP) – Schandfleck Liegenschaften Goldbrunnenstrasse 47/49

Diese stadteigenen Liegenschaften sind äusserlich in einem erbärmlichen Zustand. Frage: Wann gedenkt der Stadtrat, hier endlich zu handeln?

Stadtrat Daniel Muri: Man muss sich schon etwas freudschämen, wenn man den katastrophalen Zustand der beiden Blöcke sieht. Gemäss Seite 86 des EP 2024-2028 ist die Sanierung in Abstimmung der Prioritäten mit den finanziellen und personellen Ressourcen auf später verschoben worden. Der Stadtrat wird den neuen EP 2025-2028 mit dem Investitionsprogramm am 25. Juni ein erstes Mal beraten und dann wird wohl auch die Sanierung der beiden Liegenschaften wieder ein Thema sein.

14. Frage / Denise Meyer (SVP) – Wildes Deponieren von Kehrriechsäcken

Seit einigen Wochen werden periodisch bei diversen Containern im Goldbrunnen- und Schauenburger-Quartier illegal Kehrriechsäcke ohne Vignetten deponiert. Frage: Weiss die Stadtverwaltung davon, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Illegal deponierte Kehrriechsäcke ohne Vignetten gibt es leider nicht nur im Goldbrunnen- und Schauenburg-Quartier. Die Säcke werden eingesammelt und mit einer Durchsuchung versucht, die Verursacher ermitteln zu können. Dies ist in den letzten Jahren bereits über hundert Mal gelungen und Bussen verteilt. Problematisch sind insbesondere die über das Wochenende deponierten Säcke, da diese von Tieren verschleppt und zerrissen werden.

15. Frage / Lukas Heinzelmann (SVP) – Strassenreinigung bei Grossbaustellen

Da es momentan viel regnet kommt es häufiger vor, dass die Strassen und Trottoirs bei Baustellen sehr verschmutzt sind, so wie momentan bei der Giesserei Erzenberg, wo die Verschmutzung bis zum Gestadeckplatz und zur Gasstrasse geht. Diese wird max. 2-mal die Woche gereinigt, dies reicht leider bei diesem Wetter nicht aus und der Regen reicht auch nicht aus, den Dreck weg zu schwemmen. Wer ist für die Reinigung verantwortlich? Wenn es die Bauunternehmen sind, kann man nicht schauen, dass diese die Strasse und Trottoirs häufiger reinigen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Grundsätzlich sind die Kantonsstrassen vom Kanton und die Gemeindestrassen von den Gemeinden bzw. Städten zu reinigen. Somit zeichnet der Kanton für die Reinigung der vom Fragesteller erwähnten Strasse verantwortlich. Gemäss § 42 des Strassengesetzes haben jedoch die Verursacher für die Reinigung von verschmutzten Strassen besorgt zu sein. Die Betriebe werden jedoch die Frage an das kantonale Tiefbauamt weitergeben.

Zusatzfrage von Lukas Heinzelmann (SVP): Die Strasse gehört wohl dem Kanton, jedoch ist die Stadt Liestal für das Trottoir zuständig oder nicht?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Stadt ist für das Littering verantwortlich. Es ist ja nicht nur das Trottoir, sondern auch die Kantonsstrasse verunreinigt.

347 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. SmartVote – Postulat «SmartVote für Liestal» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion (Nr. 2023-205)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Auch der Stadtrat ist der Meinung, dass die politische Partizipation gestärkt werden soll, doch hier stehen ganz klar die Parteien in der Verantwortung.

Alexandra Muheim (SP) findet die stadträtliche Haltung bzw. Ablehnung einer Postulatsübernahme schade. Ihr ist bewusst, dass SmartVote mit Kosten und Zeitaufwand verbunden ist, doch darf der Nutzen für die Bevölkerung nicht unterschätzt werden. Sie hat den Vorstoss mit dem Hintergrund der letzten kommunalen Wahlen gemacht und würde es toll finden, wenn man SmartVote bei den nächsten Wahlen nutzen könnte. Im Vergleich zu den nationalen und kantonalen Wahlen besteht bei kommunalen Wahlen wohl eher die Möglichkeit, die Kandidierenden einmal persönlich treffen zu können, sei dies bei Standaktionen am Samstag im Stedtli, bei Verteilaktionen, in den Läden, im Schwimmbad Gitterli usw. Bei diesen Treffen lernt man die Kandidierenden auch nicht wirklich persönlich kennen. Der Zeitaufwand für das Kennenlernen von mehr als 100 Kandidierenden der Einwohnerratswahlen wäre für politisch Interessierte enorm. So kann man auch schlecht herausfinden, welche Kandidierenden einem im Einwohnerrat am besten vertreten würden. So werden wohl eher Parteien und einzelne bekannte Gesichter gewählt, was ja eigentlich schade ist. Mit SmartVote könnten die Leute viel besser die Volksvertreter wählen. Die Leute würden mit SmartVote die Kandidierenden besser kennen lernen, ohne dass sie sich bei kalter Witterung von Stand zu Stand mit den Kandidierenden unterhalten müssen. Für sie ist zentral in der Demokratie, dass die Volksvertreter auch den Willen und die Wünsche der Bevölkerung vertreten. Dies könnte man mit SmartVote bestimmt auch in Liestal besser erreichen. Sie hofft deshalb, dass ihr Postulat an den Stadtrat überwiesen wird, was auch die Meinung der SP-Fraktion ist.

Yves Jenni (GLP) informiert namens der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion darüber, dass seine Fraktion das Postulat nicht überweisen wird. Das Tool SmartVote macht sicher dann Sinn, wenn die Kandidierenden auf Bundes- und Kantonebene nicht so bekannt sind. Natürlich würde SmartVote auch auf Gemeindeebene nicht schaden, doch ist die Finanzlage von Liestal noch immer nicht sehr rosig. In Abwägung von Kosten und Nutzen wird das Postulat abgelehnt, denn gerade auf Gemeindeebene soll die Bekanntmachung von Kandidierenden Aufgabe der Parteien sein. Der Aufwand für eine relativ kleine Zielgruppe ist wohl doch unverhältnismässig.

Markus Rudin (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass man sich in Liestal kennt, Kandidierende sollen sich im Stedtli zeigen und nicht mit SmartVote anonym für sich werben. SmartVote wird auch bei kantonalen Wahlen nicht gross genutzt. Auch hat Liestal im Moment kein Geld für ein solches Tool. Der Postulatsüberweisung wird man deshalb nicht zustimmen.

Anita Baumgartner (GL) führt aus, dass sich die Grüne Fraktion für eine Postulatsüberweisung ausspricht, denn mit SmartVote wäre sicher eine bessere Motivation für die Teilnahme bei Abstimmungen und Wahlen vorhanden. Sehr einfach könnte man sich über die Kandidierenden informieren, was beispielsweise für Neuzuzüger von Vorteil ist, welche noch nicht so vernetzt sind. Auch gibt es Leute, die nicht am Samstagmorgen den Standaktionen der Parteien nachgehen und sich lieber zu Hause informieren möchten. SmartVote wäre ein niederschwelliges Angebot, welches sicher dazu beitragen würde, dass das Interesse an der Liestaler-Politik über den Dunstkreis der Parteien hinaus erhöht werden könnte. Gemeinden und Städte wie Binningen, Bülach, Lenzburg, Aarau usw. könnten bei einer Postulatsüberweisung bestimmt über ihre Erfahrungen mit SmartVote informieren. Es würde auch ihre Fraktion freuen, wenn das Postulat doch noch eine Mehrheit finden würde. Im Zusammenhang mit der stadträtlichen Berichterstattung könnte ja auch die Finanzierung thematisiert werden.

Florian Sennhauser (FDP) hält als Sprecher der FDP-Fraktion fest, dass SmartVote sicher ein grossartiges Tool ist, welches den Einwohnerinnen und Einwohnern einen transparenten Überblick über die politischen Positionen der Kandidierenden gibt. Auch der FDP-Fraktion sind viele Personen bekannt, die die Plattform gerade für die nationalen Wahlen im Herbst verwendet haben. Mit einem Aufwand von ungefähr einer Stunde kann man die Fragen beantworten, die Auswertung einsehen und jene Kandidaten auf den Wahlzettel schreiben, die am besten die eigene Meinung vertreten. Eine wirklich gute Sache. Schauen wir uns aber doch mal kurz an, wie die Plattform finanziert wird: 40 % der Erträge stammen von Spenden und Stiftungen, weitere 30 Prozent sind bezahlte Aufträge oder Universitäten, welche die Daten beanspruchen 20 Prozent stammen von Medienhäusern sowie die letzten 10 Prozent werden von den Parteien selbst getragen. Bundesgelder sind hier nicht zu finden. Und wieso nicht? Ganz einfach, weil die Förderung der politischen Partizipation nicht eine öffentliche Aufgabe ist. Gemäss den Ausführungen der GL-Fraktionssprecherin und eigenen Recherchen gibt es Gemeinden, die das anders sehen. Schlieren, Arbon, Kreuzlingen oder ganz lokal bei uns die Gemeinde Binningen haben für die kommunalen Wahlen die SmartVote-Plattform eingesetzt. Gemäss Bericht der Aargauer Zeitung liegt der Kostenpunkt für eine Wahlbegleitung von SmartVote zwischen TCHF 7 bis TCHF 9. Ebenfalls wird ausgeführt, dass das Engagement von SmartVote bislang bei allen Gemeinden nur dank der finanziellen Unterstützung der Gemeinden möglich war. Das heisst, dass wir bei diesem Postulat effektiv nur über die Finanzierung von SmartVote sprechen. Sind denn die Parteien beispielsweise bereit, bei den nächsten kommunalen Wahlen rund TCHF 2 für eine Kostenbeteiligung an SmartVote selbst im Wahlkampf-Budget einzuplanen? Wohl eher nicht. Erwähnen möchte er auch, dass es unseren städtischen Finanzen nicht sonderlich gut geht. Mit der Aufgabenüberprüfung versucht man aktuell jeden Rappen umzudrehen. Von all den vorgängig erwähnten SmartVote-Gemeinden ist die Nettoverschuldung pro Kopf bei uns in Liestal am grössten. In unserer Lage erfordert es eine sorgfältige Abwägung aller finanziellen Prioritäten und da steht SmartVote wohl ziemlich weit hinten. Politische Partizipation kann nicht allein durch Online-Plattformen wie SmartVote gefördert werden. Die politischen Parteien selbst haben eine Verantwortung, die Einwohnerinnen und Einwohner aktiv in den politischen Prozess einzubinden. Informieren kann man sich nämlich auch via anderen Medienkanälen. Und die ganz schlauen Füchse unter uns nehmen die Fragen der nationalen Wahlen vom letzten Oktober zur Hand und schauen dort, welche Parteien ihre Meinung am besten vertreten haben. Viele der Fragen sind nämlich dieselben, welche von SmartVote bei den Gemeindewahlen ebenfalls thematisiert werden. In Anbetracht der finanziellen Lage und unter Berücksichtigung, dass wir mit unseren vorhandenen Mitteln verantwortungsbewusst umgehen müssen, schlägt die FDP vor, dass die Stadt Liestal sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert. Seine Fraktion wird einstimmig das Postulat ablehnen.

Daniel Jurt (SVP) äussert als Einzelsprecher, dass beispielsweise ein Engagement in Vereinen wohl eine gute Werbemassnahme bei Wahlen ist. Wir haben tatsächlich im Moment nicht die finanziellen Mittel, um uns die SmartVote-Plattform leisten zu können. Aus diesem Grund wird er die Postulatsüberweisung ebenfalls ablehnen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, er möchte dieses Mal nicht die Finanzen in den Vordergrund rücken, wenn es um die ablehnende stadträtliche Haltung zum Postulat geht. Denn es müssen vor allem die Parteien in die Hosen steigen und dies nicht wegen dem Geld alleine. So wurde hier im Saal noch vor nicht so langer Zeit über die Verwendung von Wahlplakat-Ständer diskutiert. Schlussendlich hatte der Einwohnerrat auf solche Regulierungen verzichtet. Er hat sich mit den Fragen von SmartVote der Gemeinde Binningen befasst. Wer formuliert denn diese Fragen und wer zeichnet für die Bewertungskriterien verantwortlich? Er und auch die anderen Stadtratsmitglieder dürften wohl damit überfordert sein, beispielsweise bei kommunalen Wahlen die richtigen Fragen für SmartVote auszuwählen bzw. zu bestimmen. Wer entscheidet, welche Fragen aktuell dringend und wichtig sind, bzw. wie diese gewichtet werden? In Binningen ist beispielsweise die Frage „Soll die Gemeinde bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch Sozialdetektive einsetzen?“ ausgelesen bzw. formuliert worden. Ist dies nun eine wichtige Frage bei insgesamt nur vier Fragen zum Thema Familie/Soziales/Gesundheit?

Dem Stadtrat geht es bei seiner ablehnenden Haltung nicht prioritär um den Zeit- und Geldaufwand für das Tool SmartVote, sondern darum, wer schlussendlich entscheiden müsste, welches die richtigen Fragen sind, welche den Kandidierenden gestellt werden. Diese Fragen müssten wohl eher von den Parteien und nicht vom Stadtrat jeweils gemeinsam bestimmt und ausgewählt werden. In der Folge könnten dann auch die Kosten unter den Parteien aufgeteilt werden. Mit der Einführung von SmartVote müsste sich der Stadtrat wohl noch den Vorwurf der Wahlpropaganda gefallen lassen, was dieser jedoch vermeiden möchte.

Thomas Eugster (FDP) unterstützt das Votum des Stadtpräsidenten und erklärt, er habe schon selbst SmartVote-Fragen beantwortet. Es nimmt tatsächlich eine Entwicklung an, dass die Fragen vermehrt polarisierend sind. Zwar kann man bei der Fragenbeantwortung noch Kommentare abgeben, doch diese dürften schlussendlich nicht von grosser Bedeutung sein.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-205 wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

348 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Steuerveranlagung durch Kanton – Postulat «Steuerveranlagung durch den Kanton?» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-206)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Zuerst wollte der Stadtrat ja den Vorstoss übernehmen, damit er in der Postulatsbeantwortung verschiedene Zahlen hätte aufführen sowie erörtern können. Der Sinneswandel bzw. die Nicht-Übernahme des Postulates kann damit begründet werden, dass all die Zahlen dann in einem Zeitungsbericht nachgelesen werden konnten. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Stadt Liestal rund TCHF 30 schlechter fahren würde, wenn sie die Steuerveranlagung durch den Kanton vornehmen würde.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) erklärt als Postulant, dass die Medien der stadträtlichen Antwort tatsächlich zuvorgekommen sind. Er bestätigt den Rückzug seines Postulates. Er bezweifelt jedoch, dass Entlassungen von Mitarbeitenden die einzige Möglichkeit bei einer Steuerveranlagung durch den Kanton nötig gewesen wären, wie dies in einem Zeitungsbericht entnommen werden konnte. Er bedauert es, sollte deswegen in der Verwaltung eine Unruhe entstanden sein.

Erledigt nach dem Rückzug des Vorstosses Nr. 2023-206 durch den Postulanten.

349 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Velopumpstationen – Postulat «Öffentliche Velopumpstationen für Liestal» von Lukas Flüeler, Michael Durrer und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion (Nr. 2023-208)

Stadtpräsident Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. In Liestal können Velos auch ohne Pumpstationen an verschiedenen Orten wie Bike Shop Rada, Radix, Velostation, Cellovelo, diverse Tankstellen mit Adaptern usw. gepumpt werden. Für rund 40 Franken gibt es auch Velo-Notfallsets, in welchen nebst Reparaturmaterial auch eine Velopumpe vorhanden ist.

Michael Durrer (GL) erklärt als Postulant, dass den Verfassern dieses Vorstosses bewusst ist, dass ihr Postulat im Vorfeld etwas belächelt wurde. Weshalb meint man es mit dem Postulat aber doch ernst? Im aktuellen Entwicklungsplan ist als strategisches Ziel eine gute Infrastruktur für den Langsamverkehr enthalten und dies betrifft wohl nicht nur die Wegbauten usw. Immer mehr Leute bewegen sich auch in Liestal mit dem Velo. Als VCS-Vorstandsmitglied beider Basel wurde er vor einem Jahr nach Allschwil zur Einweihung der neuen Velopumpstationen eingeladen. Eine dort ansässige Bauspenglerei hatte zu ihrem 175-jährigen Firmenjubiläum einen Wettbewerb lanciert, bei welcher die Bevölkerung Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität einreichen konnten. Die Jury hatte schlussendlich entschieden, dass 17 Velopumpstationen angeschafft werden, welche von einer sozialen Institution produziert werden. Die Gemeinde Allschwil wird die geschenkten Pumpstationen unterhalten. Solche Pumpstationen könnten ja auch in Liestal angeschafft und mit Sponsoring-Beiträgen finanziert werden. Indem die Velopumpstationen sichtbar gemacht werden, könnte doch auch der Wille bekräftigt werden, dass Liestal eine Velostadt sein möchte. Zu den vorgängig erwähnten Pumpmöglichkeiten hätte dann ebenfalls die Bewohnerschaft in den Aussenquartieren die Möglichkeit, ihre Velos pumpen zu können.

Lukas Flüeler (GL) ergänzt als Mitpostulant, dass diverse Gemeinden und Städte solche Velopumpstationen bereits installiert haben. Die Installation solcher Pumpstationen ist nicht nur von Grünen, sondern auch von Politikern bürgerlicher Parteien in einigen Gemeinden lanciert worden. Der Einbezug und das Sponsoring von Gewerbetreibenden ist bereits mehrmals umgesetzt worden. Auch er selbst wäre für solche Pumpstationen in Liestal immer wieder sehr dankbar, da man halt nicht immer eine Pumpe dabei hat und die vom Stadtrat erwähnten Firmen halt auch nicht ganztags geöffnet haben. Mit der Installation von Velopumpstationen würde man ein Zeichen zur Förderung des Langsamverkehrs setzen und etwas zur Attraktivitätssteigerung von Liestal beitragen.

Simon Fluri (FDP) dankt als FDP-Sprecher für den Vorstoss und informiert, dass dieser auch in seiner Fraktion eingehend beraten wurde. Das Problem der fehlenden Velopumpe ist ihm auch bekannt, doch vermutlich wäre die nächste Velopumpstation dann sowieso zu weit weg, damit er sein Velo pumpen kann. Und es kann nicht sein, dass die Gemeinden dafür besorgt sein müssen, dass die Verkehrsmittel für den Langsamverkehr verkehrstüchtig sind. Gemäss seinen Recherchen hat sich die Anschaffung von 17 Pumpstationen in Allschwil auf den Gesamtbetrag von rund TCHF 60 belaufen, welche über den erwähnten Wettbewerb finanziert wurde. Der Aufwand der Gemeinde für die Unterhaltsarbeiten ist nicht bekannt. Grundsätzlich obliegt die Anschaffung, Pflege und der Unterhalt der Verkehrsmittel deren Besitzern von Verkehrsmitteln und so kann es nicht die Aufgabe der Gemeinden sein, solche Pumpstationen zur Verfügung zu stellen. Sollte das Postulat doch überwiesen werden, müsste der Stadtrat sicher auch die Finanzierung und die Kostenfolgen aufzeigen. Mit der Installation von Velopumpstationen dürfte der Anreiz für ein Umsteigen auf das Velo nicht mehr oder weniger gross sein. Seine Fraktion spricht sich gegen die Überweisung des Postulates aus.

Markus Hügin (SVP) informiert, dass auch die SVP-Fraktion die Postulatsüberweisung nicht unterstützen wird. Gemäss einer Publikation der Stadt Basel ist es grundsätzlich Privatsache, dass Velos in einem fahrtüchtigen und sicheren Zustand sind. Bei früheren Velo-Anschaffungen wurde gleich noch eine Pumpe mitgeliefert, doch dies ist heute meist nicht mehr so. Eine solche kann aber meist schon zum Preis von zwanzig Franken erworben werden.

Sonja Niederhauser (EVP) berichtet, dass die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion das Postulat durchaus ernst genommen habe und auch rege diskutiert hat, da doch die meisten Fraktionsmitglieder auch mit dem Velo zur Sitzung kommen. Dennoch spricht sich eine Mehrheit der Mitte-Fraktion gegen eine Postulatsüberweisung aus, da die Anschaffung von Pumpstationen beziehungsweise die Suche nach Sponsoren nicht Aufgabe der Stadt ist.

Jaques Heller (SP) äussert, dass die SP-Fraktion grundsätzlich das Velofahren in Liestal und somit auch den Vorstoss unterstützt. Die Anschaffung von Velopumpstationen ist ein kleiner Schritt dazu, dass Liestal eine velofreundliche Stadt wird bzw. ein sichtbares Signal. Gemäss Recherchen im Internet ist diese Anschaffung bereits von einigen Städten getätigt worden. Solothurn hat diese Anschaffung sehr gut dokumentiert und kann über positive Ergebnisse berichten.

Natalie Oberholzer (GL) vertritt als Einzelsprecherin die Meinung, dass diese Anschaffung durchaus eine Gemeindeaufgabe ist, geht es doch auch um die Sensibilisierung der Bevölkerung. Im stadträtlichen Zwischenbericht zu den verschiedenen Klima-Vorstössen konnte man beispielsweise lesen, dass die Pendelfahrten der Stadt-Angestellten wesentlich zur Reduktion des CO₂-Ausstosses beitragen. Für die Zielerreichung von Netto-Null per 2035 ist die Anschaffung von Velopumpstationen eine weitere mögliche Verbesserungsmassnahme.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) pflichtet den Postulanten bei, dass eine gute Veloinfrastruktur bzw. -verkehrsstruktur wichtig ist. Wir haben aber im Zusammenhang mit den Verkehrsträgern im Individualverkehr eine klare Aufgabentrennung. Die öffentliche Hand baut und finanziert Strassen, für die Anschaffung und den Unterhalt der Individualverkehrsmittel sind jedoch die Bürger selbst verantwortlich. Und diesbezüglich sind auch für die Velofahrer keine Ausnahmen zu machen. Velopumpstationen sind ja durchaus sinnvoll, denn auch für Autos braucht es Tankstellen und Elektroladeinstallationen, wobei diese nicht durch die Gemeinden anzuschaffen und zu unterhalten sind. Auch Fussgänger sind auf ein gutes Wanderwegnetz angewiesen, wobei es keine öffentliche Aufgabe ist, diesen auf dem Schleifenberg oder auf der Sichertern gar noch Verpflegungsautomaten hinzustellen. Er ruft dazu auf, doch alle Verkehrsträger gleich zu behandeln.

Markus Rudin (SVP) gibt bekannt, dass auch in seiner Werkstatt an der Rosenstrasse Velos gratis gepumpt werden können.

Anita Baumgartner (GL) vertritt die Meinung, dass auch öffentliche Aufgaben durchaus politisch verhandelbar sind und dies ist ja auch die Aufgabe des Einwohnerrates von Liestal. Das Postulat soll an den Stadtrat zur Prüfung sowie Berichterstattung überwiesen werden und nicht bereits an der heutigen Sitzung mit irgendwelchen Finanzargumenten totgeschlagen werden. Vielleicht gibt es ja noch Gewerbetreibende, welche dieses Projekt auf irgend eine Art und Weise unterstützen würden.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Stefan Fraefel (Die Mitte) und unterstützt dessen Aussage, dass die Anschaffung von Velopumpstationen schlichtweg nicht Aufgabe der Gemeinden sein kann und darf. Auch sollen alle Verkehrsteilnehmer gleich behandelt werden.

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass am heutigen Abend rund 7 – 9 Möglichkeiten aufgeführt und erwähnt wurden, wo Velos gepumpt werden können. Mit seinem ersten Votum beabsichtigte er durchaus nicht, den Vorstoss ins Lächerliche ziehen zu wollen, doch dieser hat aber schon ein gewisses Potenzial dazu. Er wollte einfach die Standorte aufzeigen, wo man bereits heute Velos pumpen kann. Ergänzend möchte er festhalten, dass es doch nicht eine stadträtliche Aufgabe sein kann, Sponsoren für Velopumpstationen zu suchen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2023-208 wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

350 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. S-Pedelecs in Einbahnstrassen – Bericht Stadtrat zu Postulat «Zulassung S-Pedelecs in Einbahnstrassen» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-133)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich der Postulant nun zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-133a äussern möchte.

Stefan Fraefel (Die Mitte) dankt als Postulant für die Umsetzung sowie die stadträtliche Berichterstattung. Gegebenenfalls könnte man im Zusammenhang mit der Umsetzung auch noch den „Schweizerweg“ anschauen, doch muss man dafür sein Postulat nicht stehen lassen. Für eine baldmöglichste Umsetzung der stadträtlichen Vorschläge dankt er bestens.

Jaques Heller (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass man die stadträtlichen Massnahmen mit den neuen und pragmatischen Regelungen ebenfalls begrüsst. Hoffentlich wird auch mit den neuen verkehrspolizeilichen Regeln auf die Fussgänger gebührend Rücksicht genommen.

Richard Gafner (FDP) informiert, auch die FDP-Fraktion habe den stadträtlichen Bericht sowie Vorschlag für die Umsetzung des Postulates besprochen und kann diese grossmehrheitlich unterstützen. Es gibt schon ein paar Strassen, wo die Umsetzung wegen den Platzverhältnissen heikel sein könnte. Und nun kann man nur noch hoffen, dass sich die S-Pedelecs-Fahrer an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten werden.

Stadtrat Daniel Muri dankt für die gute Aufnahme und hofft, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen pragmatischen Lösungen erfolgreich sein wird.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2022-133a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2022-133 «Zulassung S-Pedelecs in Einbahnstrassen» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

351 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Handlauf Stützmauer Gartenstrasse – Interpellation «Handlauf an der Stützmauer Gartenstrasse» von Sibylle Schenker namens der Grünen Fraktion (Nr. 2024-211)

Stadträtin Marie-Theres Beeler nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und informiert darüber, dass die im Vorstoss erwähnte Mauer der SBB gehört, welche den gewünschten Handlauf aber nicht montieren möchte. Nach der ablehnenden Haltung der SBB hatte diese dann doch zumindest zugestanden, dass der Handlauf zu Lasten der Stadt Liestal montiert werden könnte, ohne dass eine neue Planaufgabe nötig ist. Die Ausfahrt auf den Schwieriweg darf nicht gefährdet sein. Die Prüfung und Umsetzung wird von den Betrieben im Zusammenhang mit dem Veloweg veranlasst.

Sibylle Schenker (GL) dankt als Interpellantin für die Beantwortung ihrer Fragen, verzichtet auf die Diskussion ihrer Interpellation und hofft, dass der Handlauf doch noch vor Wintereinbruch montiert wird.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-211 durch den Stadtrat.

352 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Landesausstellung Svizera 27 – Interpellation «Landesausstellung Svizera 27» von Denise Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2024-212)

Stadtpräsident Daniel Spinnler beantwortet die Fragen der Interpellantin wie folgt: Ja, dem Stadtrat ist die Ausgangslage durchaus bekannt. Dem Kanton wurde gemeldet, dass die Ergolz auf dem Plan nicht aufgeführt ist und Liestal als Kantons-Hauptstadt nicht begrüsst wurde. Natürlich ist die Stadt Liestal an einer Mitwirkung interessiert, doch weiss man ja noch gar nicht, was passieren wird. Gibt es überhaupt eine Landesausstellung bzw. spricht der Bund überhaupt die nötigen finanziellen Mittel? Die verschiedenen Projekte sind reduziert worden und schlussendlich könnte es einen Mix aus den noch verbleibenden Projekten geben. Eine Mitwirkung von Liestal hätte natürlich schon den Vorteil, dass wir national besser und vermehrt beachtet würden. Der Stadtrat hat wohl interveniert, doch sollten wir mitmachen, würde es auch freie und grosse Flächen benötigen, welche Liestal wohl nur gerade entlang der Rheinstrasse anbieten könnte.

Denise Meyer (SVP) dankt als Interpellantin für die ausführlichen Antworten und wünscht keine Diskussion.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-212 durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Anja Weyeneth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann